K-1NEU Zukunft wird GRÜN geschrieben

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.11.2018
Tagesordnungspunkt:	2. „Zukunft wird GRÜN geschrieben“ – Leitantrag zur Kommunalwahl 2019 mit Generaldebatte und Abstimmung

Antragstext

Zukunft wird GRÜN geschrieben

Kommunalpolitik ist die Wurzel bündnisgrüner Politik in Sachsen-Anhalt. Aus Initiativen vor Ort heraus, die sich um Umweltschutz und Demokratisierung im Großen und ganz konkreten kümmerten gründeten sich in unserem Land BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN. Diese Basis ist uns nicht nur Vermächtnis, sie ist uns eine wichtige Aufgabe und eine Stärke unserer Partei. Noch heute sind Bürgerinitiativen und Vereine vor Ort unsere stärksten Partner, wenn es um die Gestaltung von Zukunft für Sachsen-Anhalt geht.

Denn wer unsere Gesellschaft ökologischer, gerechter und demokratischer machen will, muss vor Ort beginnen. Hier können wir Menschen für unsere Ideen gewinnen, ihnen zeigen, dass mit grünen Ideen reale Politik gemacht werden kann, die die Kommune besser macht.

Wir stärken die Kommunen, damit sie eine attraktive und lebenswerte Heimat sind. Lokale Institutionen wollen wir von der Freiwilligen Feuerwehr über örtliche Besonderheiten bis zum Ehrenamt unterstützen.

In den Gemeinden und Kommunen begegnen sich Mandatsträger*innen und Bürger*innen so konkret und direkt, wie nirgends sonst. Darin liegen Chancen für die Gesellschaft, das kann helfen Politikmüdigkeit zu überwinden, wenn es gelingt, die Anliegen und Bedürfnisse der Menschen direkt in die kommunalen Gremien zu transportieren. Wir wollen Instrumente und Verfahren dafür stärken und die Bürger*innen so weit wie möglich beteiligen.

Die Kommunalwahl 2019 stellt uns gerade in Zeiten einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung einerseits und einer Politik(er*innen)verdrossenheit andererseits vor enorme Herausforderungen. Aber sie bietet auch die Möglichkeit gemeinsam mit allen demokratischen Kräften die Diskussion wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatten. Digitaler Hass und digitale Verunsicherungen lösen nicht die Probleme in den Kommunen und lassen die Menschen unbeachtet, die jeden Tag daran arbeiten unser Land ein bisschen besser zu machen. Wir wollen, dass das Netz zur Vernetzung der Menschen vor Ort dient (z.B. zur Vermarktung regionaler Produkte) und nicht der Spaltung unseres Landes. Für uns ist klar: Die Werte unseres Grundgesetzes leben und verteidigen wir online und offline. Daher begreifen wir die Digitalisierung als Chance kommunale Probleme zu lösen und bürgerschaftliches Engagement zu fördern

Dafür ist es wichtig, dass sich alle Bevölkerungsgruppen in den kommunalen Gremien gut vertreten fühlen. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gehen voran. Wir bewegen Frauen, zu den Ratswahlen zu kandidieren. Gerade für sie braucht es jedoch veränderte Rahmenbedingungen, hier fordern wir Änderungen in den kommunalen Satzungen. Echte Demokratie schließt niemanden aus und bemüht sich aktiv um

aktive Beteiligung der gesamten Gesellschaft. Aber auch für kommunale Mandatsträger*innen müssen angemessene Arbeitsbedingungen geschaffen werden.

Wir sorgen mit unseren paritätisch aufgestellten Wahllisten dafür, dass es ein gutes Angebot an Kandidat*innen aus allen Bereichen der Gesellschaft gibt und wir gestalten gemeinsam unseren Wahlkampf so, dass dieses Angebot auch angenommen wird. Dabei wollen wir transparent zeigen, wer die Menschen sind, die für uns zur Wahl stehen.

Wir stellen uns in Sachsen-Anhalt auch in den Kommunen einer Verrohung der politischen Kultur entgegen. Wir arbeiten ein lösungsorientiertes und kommunikatives Klima in den Räten, weil das den Menschen nutzt. Wir machen Angebote, die das Leben verbessern. GRÜN stärkt Sachsen-Anhalt.

Wir fordern Sie dazu auf, mitzumachen und sich einzumischen, denn nur gemeinsam können wir unsere Kommunen zukunftsfest gestalten. Informieren Sie sich, diskutieren Sie mit, stellen Sie sich auf und vor allem: gehen Sie am 26. Mai 2019 wählen und entscheiden Sie sich dabei für eine demokratische Partei!

Zukunft mit grünen Kommunen

Sachsen-Anhalt ist ein großes Land mit sehr verschiedenen Naturräumen. Stadtgrün und Landschaft – die Kommunen haben mit sehr verschiedenen ökologischen Herausforderungen zu tun. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass jeder Umgang mit Landschaft und Naturraum vom Gedanken der Nachhaltigkeit geprägt ist. Wir tragen Verantwortung für das Land und die Natur, die wir unseren Nachkommen hinterlassen.

Der Klimawandel stellt uns vor eine der größten Herausforderungen der Zukunft, auf die wir auch in unseren Kommunen reagieren müssen. Die Reduzierung von CO2-Emmissionen durch Energieeffizienz, die Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen und ressourcenschonendes Wirtschaften kommen langfristig auch den kommunalen Haushalten zugute. Zugleich müssen auch Anpassungsstrategien für den Umgang mit bereits jetzt absehbaren Folgen der Klimaerwärmung verfolgt werden. Hochwasserschutz und der Umgang mit Wassermangel und mit dem Klima in den Gemeinden sind dabei besondere Herausforderungen. Um diesen zu begegnen kann es für Kommunen sinnvoll sein, eine*n Klimamanager*in einzustellen, der*die mit Sachverstand den Klimaschutz koordiniert und vorantreibt.

Wir wehren uns gegen Flächenfraß und Flächenversiegelungen. Ländliche Kommunen müssen auf die Einhaltung der Breite von Wegrandstreifen bestehen. Der Einsatz von Pestiziden auf Friedhöfen, in Parks, an Wegrändern und auf anderen kommunalen Flächen ist auf das unbedingt notwendige zu beschränken. Den Einsatz von Glyphosat lehnen wir ab. Dem Insektensterben muss auch im urbanen Raum etwas entgegengesetzt werden. Kommunen sollen überall extensiv gepflegte Blühflächen vorhalten. Wir möchten überall wo möglich Streuobstwiesen und Schulgartenprogramme fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Landgrabbing (spekulativer Kauf von Agrarflächen) möglichst verhindern. In diesem Bereich sind besonders Bund, Land und Wirtschaft gefragt. Doch auch Kommunen können in diesem Bereich Standards setzen, unter denen sie Flächen verkaufen.

Städte und Gemeinden wollen wir mittels ganzheitlicher Stadtentwicklung nachhaltig gestalten.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- nachhaltiges Wirtschaften im Naturraum
- klimasensible Kommunen
- kommunale Klimaanpassungsstrategien
- Blühstreifen und -flächen, Pestizidverzicht, Streuobstwiesen und Schulgärten
- kein Verkauf von kommunalen Flächen zu spekulativen Zwecken

Zukunft mit nachhaltigem kommunalem Verkehrskonzept

Der Klimawandel ist in vollem Gange - mit massiven Folgen: Klimazonen verschieben sich, Dürre und Versteppung breiten sich aus und heftige Unwetter nehmen zu. Regionen auf der ganzen Welt sind davon bedroht. Verantwortlich für diesen gefährlichen Prozess ist vor allem das Treibhausgas Kohlenstoffdioxid (CO2), das bei der Verbrennung von Kohle und Erdöl entsteht. Der Verkehr ist heute einer der größten Produzenten von CO2. Daher gehört zur Energiewende auch eine Verkehrswende.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für eine Umsetzung eines nachhaltigen Verkehrskonzepts ein. Dies erreichen wir, indem wir Voraussetzungen schaffen, damit Verkehr vermieden, auf den Umweltverbund aus Fußverkehr, Radverkehr und ÖPNV verlagert, und technisch verbessert wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Städte lebenswerter machen, in dem wir sie so gestalten, dass möglichst viele Bürger*innen auch ohne Auto mobil sein können.

Wir wollen:

- das Radwegenetz ausbauen und durch überregionale Verbindungen Ober- und Mittelzentren an die Umgebung anschließen.
- Straßenraum fußgänger*innenfreundlich gestalten durch Einführung von Zonen, in denen alle Verkehrsteilnehmer gleichberechtigt sind (Gemeinschaftsstraßen, shared space).
- Einbahnstraßen für Radfahrer*innen freigeben und Fahrspuren umwidmen.
- den Bau von Fahrradstationen fördern.
- sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an Haltestellen, in Wohn- und Einkaufs-quartieren schaffen.
- die Stellplatzsatzung novellieren.
- die kommunalen Stellplatzsatzungen novellieren, damit auch Radabstellanlagen zur Pflicht werden.

Öffentlicher Personennahverkehr und Motorisierter Individualverkehr:

- die Attraktivität des ÖPNV steigern. Dieser soll gut ausgebaut, dicht getaktet, zuverlässig, sicher und sauber sein.
- dessen Finanzierung sicherstellen und dafür sorgen, dass er für alle bezahlbar bleibt. Neue Finanzierungsmodelle wie Beitrags- oder Umlagefinanzierung wollen wir zusammen mit den Bürgern diskutieren und abstimmen.
- die Einführung von digital verfügbaren sog. Handytickets.
- ein flächendeckendes Netz von Stromladestationen für Elektroautos und Pedelecs.

Zukunft mit guter kommunaler Infrastruktur

Lebensqualität hängt auch vom Zustand der kommunalen Infrastruktur ab. Die begrenzten Mittel sollen dafür transparent, konzentriert und nachhaltig eingesetzt werden. Die kommunale Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für Unternehmen und Grundlage für die individuelle Mobilität. Der Erhalt von Straßen, Wegen sowie der leitungsgebundenen Versorgung ist eine große Herausforderung für die Kommunen. Die Beteiligung von Bürger*innen an den Kosten von Ausbau und Erhalt ist einer der großen Streitpunkte in der Kommunalpolitik. Wir wollen, dass die Beteiligten vor Ort sowohl an den Entscheidungen als auch den Kosten beteiligt werden.

Für uns gilt das Credo Straßenerhalt vor Straßenausbau. Bei Neu- und Umbauten sind an den gestiegenen Anforderungen des Radverkehrs und der Barrierefreiheit

Rechnung zu tragen. Dies gilt insbesondere für Haltestellen des öffentlichen Personennahverkehrs.

Der Zugang zu schnellem Internet wird für Bürger*innen wie auch Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte immer wichtiger. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betrachten en Breitbandausbau als Daseinsfürsorge. Wir fordern daher den flächendeckenden Anschluss mit 100 Mbit/s und orientieren uns dazu auf Glasfaser in Stadt und Land. Außerdem wollen wir Lücken im Mobilfunknetz schließen.

Im öffentlichen Raum setzen wir uns für mehr Standorte mit offenem WLAN und Freifunk ein. Die Kommunen sollten hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Digitalisierung der Kommunen ist das Gegenteil vom Ziehen einer Wartenummer. Kommunale und behördliche Dienstleistungen sind allumfassend auch online anzubieten (z.B. App-Angebote, Online-Konsultationsverfahren, E-Petitionen). Das Land muss mit einem eGovernmentgesetz verlässliche Strukturen und Standards bereitstellen und damit alle Maßnahmen bündeln, die digitale Sicherheit gewährleistet und Behördengänge abseits von Öffnungszeiten und Verwaltugnsstandorten durchgehend ermöglicht.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den Erhalt von Straßen statt dem Neubau
- die Verlagerung von Verkehr auf die Schienen
- Lärmschutz an Zugtrassen
- den Breitbandausbau in der Fläche
- frei zugängliches Internet im öffentlichen Raum
- eGovernment in Stadt und Land

Zukunft mit mehr finanzieller Sicherheit für die Kommunen

Die finanzielle Lage der Kommunen in Sachsen-Anhalt ist sehr unterschiedlich. Eine solide und nachhaltige Haushaltspolitik liegt in der Eigenverantwortung der Kommunen. Selbstverständlich müssen die Kommunen im Land auskömmlich finanziert werden. Die durchgeführten Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes hat vielen Kommunen Verlässlichkeit und Planbarkeit verschafft. Trotzdem befinden sich immer noch zahlreiche Kommunen in finanziell prekären Situationen und sind „auskonsolidiert".

Leider verlangen die Kommunalaufsichten immer noch Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen, dem Kernstück der kommunalen Selbstverwaltung, sowie die Erhöhung von Beiträgen und Abgaben bis zur Kostendeckung. Dabei ist anzumerken, dass es in den Kommunen wenige Bereiche gibt, die betriebswirtschaftlich korrekt gerechnet, einen 100%igen Kostendeckungsgrad haben. Diese Defizite werden traditionell und verständlich hingenommen.

Am leichtesten für die Kommunen ist das Drehen an der Steuerschraube durch Erhöhung der Hebesätze für die Gewerbe- und Grundsteuer. Beide sind in Sachsen-Anhalt für uns nur in geringem Umfang erhöhbar.

Es muss ein funktionierendes Altschuldenmanagement etabliert werden, damit angeschlagene Kommunen die Aussicht haben, wieder auf die Beine zu kommen.

Wegweisend dafür kann das Modell der „Hessenkasse" sein. Zur Lösung der Altschuldenproblematik der Kommunen sind Land und Bund gefragt. Wir unterstützen jede Form des Protestes von Landkreisen und Kommunen, sich hier Gehör zu verschaffen.

Die Ausgabenseite wird bestimmt durch die Personalkosten und die laufenden Sachkosten. Die Ausgaben für die freiwilligen Leistungen liegen bei unter 6%, teilweise weit darunter. Es ist nicht zu akzeptieren, dass bei Bedarfszuweisungen und Liquiditätshilfen durch das Land teilweise Absenkungen auf 2 % gefordert werden.

Das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, zahlt – ist konsequent einzuhalten. Allerdings wirkt es nur in die Zukunft.

Im Unterschied zu den Kommunen haben Landkreise keine eigenen Steuereinnahmen. Die Haupteinnahmequellen sind Zuweisungen von Bund und Land sowie die Kreisumlage. Vielerorts wird zu Recht beklagt, dass die Berechnung der Kreisumlage nicht transparent ist. Wir unterstützen Kommunen, die hier Klarheit schaffen wollen.

Nicht zu akzeptieren sind weitere Einschränkungen bei den freiwilligen Leistungen. Der Konsolidierungsdruck wird damit nur weitergereicht. Gerade die meist geringen Zuschüsse an Vereine und Initiativen, welche einen äußerst wichtigen Beitrag zum Ortsleben leisten, haben eine weit über die finanzielle Unterstützung hinausgehende Bedeutung. Darüber hinaus darf es nicht sein, dass die verfassungsrechtlich garantierte Hoheit der Kommunen über ihre Finanzen durch Auflagen ausgehöhlt wird.

Bürger*innenhaushalt

Mit dem Bürger*innenhaushalt soll die Möglichkeit gegeben werden, sich an der Erstellung des kommunalen Haushalts zu beteiligen. Das Verfahren dazu ist öffentlichkeitswirksam und transparent durchzuführen. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, auch über konkrete Projekte abzustimmen bzw. die Reihenfolge der Umsetzung festzulegen.

Gender Budgeting

Und ein wichtiger Bereich darf nicht durch eine enge Haushaltführung weiter außen vor bleiben: das Gender Budgeting. Gender Budgeting ist die Anwendung des Gender Mainstreaming – der Strategie zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter – im Haushaltsprozess, wodurch Einnahmen und Ausgaben mit dem Ziel der Geschlechtergleichstellung umverteilt werden. Ohne Gender Budgeting ist eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik kaum möglich. Wir werden uns für die Etablierung des Gender Budgeting in den Haushalten einsetzen. Die enge

Haushaltsführung darf die Einführung von Gender Budgeting nicht verhindern oder hinauszögern.

Kommunale Wirtschaft und Wirtschaftsförderung

Hauptaugenmerk der kommunalen Wirtschaftspolitik lag bisher auf dem Konkurrenzkampf um überregionale Ansiedlungen. Die mit hohem Flächenverbrauch und Bodenversiegelung verbundenen Vorleistungen belasten noch heute viele kommunale Haushalte.

Der Schwerpunkt der kommunalen Wirtschaftspolitik muss deshalb zum einen auf die Unterstützung von Existenzgründungen und Start-Ups gelegt werden. Die Kommunen sollten ihre Möglichkeiten zur Unterstützung neuer Unternehmen voll ausschöpfen. Besonders mit den Hochschulen haben die Kommunen dazu einen potenten Partner.

Zum anderen gilt es mit einer aktiven Bestandssicherung den ansässigen Unternehmen ihre Entwicklungschancen zu erhalten und ihren Verbleib zu sichern. Dazu gehören die Unterstützung bei Erweiterung oder Umbaus sowie bei der Regelung der Unternehmensnachfolge.

Die Herausforderung der Digitalisierung zur Modernisierung der Wirtschaft muss auch kommunal vorangetrieben werden. Breitbandversorgung gehört dazu genauso wie die Offenheit für neue Geschäftsmodelle und unkonventionelle Ideen.

Einzelhandel und Gastronomie sind wichtige Zielpunkte in der Innenstadt. Bei der Stadtentwicklung und der Gestaltung eines vitalen Ortskerns kommen den kommunalen Wohnungsunternehmen eine besondere Rolle zu. Sie müssen ihre Spielräume dafür nutzen.

Wir wollen auch neue Wertschöpfungsstrategien für die ländlichen Räume mit regionalen Vermarktungen, lokalen Marken und Dorfgemeinschaftsläden schaffen.

Stadt- und Kreissparkassen als starker Partner in der Region

Die kommunalen Finanzinstitute sind ein wichtiger Partner für Menschen und regionale Wirtschaft. Durch ihre Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten haben sie eine besondere Nähe zu ihren Kund*innen. Trotz Kostendrucks und fortschreitender Digitalisierung haben die Sparkassen als kommunales Unternehmen eine besondere Verantwortung, ein kundennahes Filialnetz aufrecht zu erhalten. Für Existenzgründer*inenn müssen die Sparkassen ein starker Partner sein.

Tourismusförderung

Natur-, Kultur-, Rad- und Städtetourismus sind wichtige Wirtschaftsfaktoren für unsere Kommunen. Die landschaftlichen und kulturellen Voraussetzungen sind in ganz Sachsen-Anhalt reichhaltig gegeben. Die Biosphärenreservate und Natura2000-Gebiete, die UNESCO-Welterbestätten, der Harz und sein Umland sowie Elbe, Saale und Unstrut sind beliebte Ferien- und Ausflugsziele. Die Kommunen müssen im Tourismus enger kooperieren, mit dem Ziel, durch attraktive Angebote die Gäste gemeinsam in der Region zu halten.

Gerade im Radtourismus gilt es, noch Potenziale zu heben. Bei Wegweisung, Wegebeschaffung und E-Tankstellen gibt es in unserem Land erheblichen

Nachholbedarf. Die Kommunen sind in der Pflicht, ihren Beitrag zu einer modernen Radinfrastruktur zu leisten.

Divestment – verantwortlich investieren

Wir wollen, dass sich Kommunen ihrer moralischen Verantwortung für den Klimawandel bewusst werden. Deshalb fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Kommunen dazu auf, ihre Investitionen aus fossilen Energien abzuziehen und in nachhaltige Geldanlagen zu investieren.

Wir GRÜNEN setzen uns ein für:

- die Einhaltung des Konnektivitätsprinzips
- die Durchsetzung von Gender Budgeting
- grüne Wirtschaftsförderung mit Fokus auf kleine und mittlere Unternehmen sowie auf Existenzgründer*innen
- eine naturnahe Tourismusförderung
- das Anlegen öffentlicher Gelder in nachhaltigen Geldanlagen (Divestment)

Zukunft in lebenswerten Kommunen

Bürger*innenbeteiligung

Wir wollen Menschen ehrlich und ernsthaft an der Ausgestaltung unserer Demokratie teilhaben lassen. Deshalb treten wir für die aktive Beteiligung aller Einwohner*innen in politischen Entscheidungsprozesse ein. Bürger*innen sollen frühzeitig informiert und in die Planungen einbezogen werden. Kontinuierlich arbeitende Gremien wie Kinder und Jugend-, Migrant*innen-, Senior*innen- oder Behindertenbeiräte sollen flächendeckend geschaffen und um punktuelle Beteiligungsverfahren wie Bürger*innenforen, Zukunftswerkstätten oder Bürger*innenbefragungen ergänzt werden. Die Mitwirkungsmöglichkeiten müssen so konzipiert sein, dass sie zur breiten Teilnahme einladen. Um so viele Menschen wie möglich miteinbeziehen zu können, sollen Informationen der Verwaltung für Bürger*innen auch in leichter Sprache veröffentlicht werden. Zudem sollen öffentliche Sitzungen im Internet übertragen werden, Sitzungsprotokolle, -unterlagen, Beschlüsse, sowie Amtsblätter im Internet offen zugänglich sein. In kommunalen Gremien und Bürger*innenversammlungen sollen außerdem das Frage- und Rederecht für Bürger*innen erweitert werden. Amtsblätter sollen neben Beschlüssen auch die Sicht der Fraktionen, Vereinen und Bürgerinitiativen darstellen. Ein Bürger*innenhaushalt bietet neben Transparenz die Möglichkeit, Spar- und Investitionsvorschläge der Bevölkerung in Haushaltsentscheidungen miteinzubeziehen.

Frauen

50% der Macht den Frauen – das ist unser Credo. Dieses Ziel wollen wir langfristig auch in der Kommunalpolitik erreichen. Daher wollen wir kommunale

Fraktionen und Verwaltungen dazu anregen, dass es durch veränderte Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und die Möglichkeit der Elternzeit für kommunale Mandatsträger*innen auch Eltern und insbesondere Müttern möglich ist, sich für ein kommunales Mandat zu entscheiden. Geschlechterparität in öffentlichen Ämtern, Ausschüssen und Aufsichtsgremien ist unser Ziel.

Kommunale Verwaltungen, die Geschlechterparität in der Verwaltungsspitze umsetzen, erfüllen eine Vorbildfunktion für die Gesellschaft. Für kommunale Verwaltungen muss es selbstverständlich sein, Frauen die gleichen Einstellungs- und Aufstiegschancen wie Männern zu ermöglichen. Dazu gehören flexible, familienfreundliche Arbeitszeitmodelle inklusive Arbeitszeitverkürzungen, die für alle kommunalen Arbeitnehmer*innen attraktiv gestaltet werden.

Kinder und Jugendliche

Kinder und Jugendliche wollen mitreden und mitgestalten. Auch junge Menschen sollen immer dann am Entscheidungsprozess beteiligt werden, wenn sie unmittelbar betroffen sind. Werden sie an Entscheidungen beteiligt, können Kinder und Jugendliche diese besser nachvollziehen und deren Ergebnisse mehr wertschätzen. Mit Räumen zur Selbstgestaltung können sich Kinder und Jugendliche zudem identifizieren und somit an ihre Umgebung binden. Zu diesem Zwecke wollen wir Kinder- und Jugendparlamente einrichten, welche in den Gemeindeversammlungen Rede-, Anhörungs- und Antragsrecht erhalten.

Auch für Kitas und Schulen fordern wir, das Machtgefälle zwischen Angestellten, Eltern und Kindern zu lockern und damit die Mitbestimmung der Kinder zu ermöglichen. In Kitas und Schulen lernen Kinder die Gesellschaft im Kleinen kennen und können somit Demokratie direkt erleben. Wir setzen uns daher für Demokratieförderung in Kitas und Schulen ein.

Ehrenamt

Das ehrenamtliche Engagement zahlreicher Bürger*innen in verschiedensten Bereichen unterstützen und wertschätzen wir. Es zeigt uns, dass sich Menschen in ihrer unmittelbaren Umgebung für andere Menschen einbringen wollen. Besonders für Ehrenamtliche im Bereich der Feuerwehr oder der DLRG stellt ihr Ehrenamt einen großen Teil des Lebens dar. Ihre Familien müssen zugunsten des Engagements häufig zurückstecken, während die Ehrenamtlichen Leben retten. Uns ist es daher wichtig, eine echte Anerkennungskultur zu entwickeln, bei der Ehrenamtliche beispielsweise ermäßigten Eintritt zu kommunalen Einrichtungen wie Schwimmbädern gewährt wird.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- konsequente Einbeziehung verschiedener Beiräte und punktueller öffentlicher Foren

- erweiterte Information- und Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen durch Livestream von öffentlichen Sitzungen, Bereitstellung öffentlicher

Dokumente – auch in leichter Sprache, erweitertes Rede- und Fragerecht in Gremien

- eine Steigerung des Frauenanteils in kommunalen Vertretungen durch veränderte Sitzungszeiten, Kinderbetreuung und der Möglichkeit zur Elternzeit für kommunale Mandatsträger*innen
- familienfreundliche Verwaltungen, die Vorbildcharakter für die Gesellschaft haben und allen kommunalen Arbeitnehmer*innen gleiche Chancen bieten
- die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen durch Kinder- und Jugendparlamenten mit umfassenden Beteiligungsrechten
- echte Anerkennungskultur für Ehrenamtliche

Zukunft in sozialen Kommunen

Der soziale Zusammenhalt ist der Kitt unserer Gesellschaft. Die Kommunen als Träger der sozialen Wohlfahrt haben großen Anteil daran, dass sich die Menschen in ihren Gemeinden ernst- und wahrgenommen und wertgeschätzt fühlen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streiten dafür, dass Kommunen diese Aufgabe für die Gesellschaft nicht allein im Rahmen von Pflichtaufgaben erfüllen. Der offensive Blick auf soziale Probleme und die Unterstützung freiwilligen Engagements sind uns gerade im Hinblick auf die Herausforderungen des demografischen Wandels ein großes Anliegen. Die konkrete Verbesserung der Lebensqualität kann dazu beitragen die Spaltung der Gesellschaft zu verringern, Menschen im Land und auf dem Land zu halten und Demokratieverdrossenheit etwas entgegenzusetzen.

Das gilt besonders für Initiativen in der Jugendhilfe. In Zeiten immer knapperer kommunaler Haushalte müssen Jugendhilfe- und Freizeitangebote wie Pflichtaufgaben betrachtet werden. Die Einbindung Heranwachsender in unsere Gesellschaft und die Gemeinschaft vor Ort ist die Chance, sie in ihrer Heimat zu halten.

Wir wollen, dass Kommunen sozialräumlich planen und gestalten, um Problemen angepasst und sinnvoll vorzubeugen und zu begegnen.

Vereine wollen wir möglichst finanziell unterstützen, denn sie spielen eine wichtige Rolle für Zusammenhalt der Gesellschaft. Beratungsstellen für jegliche Lebenslagen sollten für alle gut verteilbar in Sachsen-Anhalt vertreten sein. Auch Frauenhäuser müssen mit ausreichender Platzanzahl und sicherer Finanzierung für Frauen erreichbar sein.

Wir sind besorgt über die immer schwieriger werdende gesundheitliche Versorgung in Sachsen-Anhalt. Kommunen und Kreise sollen mit regionalen Gesundheitskonferenzen Lösungen finden, um die bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Kommunale Kliniken sind in kommunaler Trägerschaft zu halten und können mit medizinischen Versorgungszentren und eingebetteten Pflegeambulanzen einen wichtigen Beitrag auch bei der ambulanten medizinischen Versorgung leisten. Wir setzen auf Pflege im Quartier und nehmen die Kommunen in die Pflicht, Wohn- und Betreuungsformen zu erproben und zu

gestalten, die Menschen jeden Alters ein gemeinsames Leben in den Kommunen erlaubt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten auch für inklusive Kommunen ein. Wo immer möglich sollen Barrieren abgebaut und Hilfen aufgerüstet werden.

Wohnen – auch in Innenstädten – muss für jeden Geldbeutel erschwinglich sein. Deshalb soll der soziale Wohnungsbau gefördert werden, wobei für uns Umbau vor Neubau steht.
Kommunaler Grund und Boden als nicht vermehrbares Gut darf nur in begründeten Ausnahmefällen verkauft werden. Statt dessen ist eine Vergabe in Erbbaupacht zu favorisieren.

Wir setzen auf die Integration von Migrant*innen in Sachsen-Anhalt. Die gelebte und vielfältige Willkommenskultur der letzten Jahre hat gezeigt, dass die Kommunen dabei in vielen freiwilligen Initiativen starke Partner haben. Diese Initiativen brauchen Unterstützung und Wertschätzung für ihre Arbeit. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissen, dass Spracherwerb und die Chancen einer funktionierenden Nachbarschaft die Schlüssel zum Ankommen in unserer Gesellschaft sind.
Sprachkurse müssen in ausreichender Zahl angeboten werden und so gestaltet sein, dass auch besondere Zielgruppen wie Mütter oder Familien dafür erreichbar sind.
Wir wollen, dass Migrant*innen dezentral untergebracht werden, damit Kontakt möglich und Berührungsangst abgebaut wird.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- eine starke Jugendhilfe
- regionale Gesundheitskonferenzen
- kommunale Krankenhausträger auch als Lösung für ambulante Versorgungsprobleme
- inklusive Kommunen
- erschwingliches Wohnen
- Integration von Geflüchteten

Zukunft mit Veränderung der Bildungslandschaft – Die Herausforderung heißt „Bildung für Alle“

Bildung geschieht vor Ort. Sie findet konkret in den Kitas, Schulen, außerschulischen Bildungseinrichtungen, Vereinen, in der Erwachsenenbildung und in Seniorenkollegs statt. Die kommunalpolitischen Rahmenbedingungen geben dazu nur ungenügend Unterstützung. Die Veränderung, die wir für beste Bildung benötigen, liegt vor allem in den Köpfen der Verantwortlichen. Wie kann Bildung gemeinsam gelingen? Wie können wir konkret vor Ort kooperieren, damit eben aus formalen Zuständigkeiten verantwortliches Handeln für eine gute Bildung erwächst?

In Kitas wird heute spielend gelernt. Bildungspläne sind auch hier angekommen, um gerade in den ersten Lebensjahren Sprache, Zahlen und Gesellschaft für Kinder erlebbar zu machen. Dazu müssen ausreichend Kitaplätze zur Verfügung stehen.

Schulen sind nicht nur Orte des Lernens, sondern auch des Lebens, denn sie stellen häufig ein Zentrum der Gemeinden dar. Sie öffnen sich zur Gesellschaft, Vereinen und verschiedenen Kooperationspartnern wie Bibliotheken oder Umweltverbänden. Schulen sollten in Zukunft von 7 bis 21 Uhr offen sein und allen Menschen im Quartier eine Möglichkeit geben, Bildung mitzugestalten. Stadtteilbibliotheken können in Schulen beheimatet sein und zum Lesen anregen. Vereine könnten Schulen abends nutzen.

Die Entscheidungen für eine ausgezeichnete Schulkultur, in der sich besser lernen lässt, fällt in der Schule – beim Schulleitungsteam und in der Schulgemeinschaft. Dazu benötigen Schulen in Zukunft mehr Entscheidungskompetenzen – für Personal und Finanzen.

Die Kooperation mit der Jugendhilfe sollte strukturiert angegangen werden. Wir müssen weg von „Einzelfalllösungen“ in der Jugendhilfe. Nicht wenn das Kind sprichwörtlich in den Brunnen gefallen ist, d. h. wenn es Probleme mit z. B. Drogen hat, benötigen wir die Drogenberatung, sondern präventiv, vorausschauend, muss Drogenberatung stattfinden. „Gruppenangebote“ in Schulen anzubieten ist dabei die Strategie. Alle Schüler*innen können bei Bedarf die Drogenberatung, die ein Büro oder eine Beratungszeit in der Schule hat, niedrigschwellig wahrnehmen. Dazu benötigen wir mehr guten Willen als gesetzliche Änderungen und zwar in den Landratsämtern, Kreistagen, Stadtverwaltungen und Stadträten. Kommunale Bildungspläne helfen dabei zu erkennen, wo es schon ausgezeichnete Kooperationen gibt und wo Kooperationen noch ausgebaut werden müssen.

Schulen sollen auch baulich Orte sein, wo Menschen sich wohlfühlen können. Ökologische Baurichtlinien sind dabei zu beachten und transparente Bauweisen sind zu bevorzugen. Flächen des Lernens statt Klassenräume sind eine Möglichkeit, Schulen ruhiger zu gestalten. Klassenräume dürfen transparent gestaltet sein.

Wir benötigen eine noch bessere Schulbeförderung. Sie muss sich nach den Kindern richten und nicht die Kinder an die Anbieter der Schulbeförderung. Ehrenamtliche Schulbegleiter*innen können das Miteinander im Bus und an der Bushaltestelle befördern. Verbesserungen benötigt es auch im Bereich der Beförderung von Auszubildenden. Große Firmen müssen daher an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen werden.
Sowohl in den Städten als auch auf dem Land muss eine sichere Erreichbarkeit von Schulen und Ausbildungsstätten mit dem Fahrrad gewährleistet sein. Hierzu sind ein Radverkehrsnetz und sichere Abstellmöglichkeiten zu schaffen.

Veränderung gibt es auch in der Erwachsenenbildung. Lebensbegleitendes Lernen wird angesichts des gesellschaftlichen Wandels selbstverständlicher. Viele Einrichtungen der Erwachsenenbildung sind niedrigschwellig. Alphabetisierung und Grundbildung ist eine der Schlüsselfragen der Weiterbildung. Die Digitalisierung der Gesellschaft führt zu einem höheren Bedarf von Schriftsprache. Auch in Unternehmen kann diese Grundbildung angeboten werden. Die Universitäten und Fachhochschulen sind Teil der Stadtgesellschaft und viele Kooperationen mit Unternehmen und Weiterbildungseinrichtungen finden statt. Ehrenamtliches

Engagement von Studierenden ist eine Möglichkeit, um Hochschulen mit Stadtgesellschaft zu verbinden.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- ausreichend Kitaplätze
- dem Bedarf entsprechende Plätze in den Grundschulen
- die Öffnung von Schulen zum Gemeindeleben
- mehr Entscheidungskompetenzen für Schulen
- ökologischen Schulbau
- verbesserte Schul- und Auszubildendenbeförderung
- Verbesserungen in der kommunalen Erwachsenenbildung

Zukunft mit Kultur in den Kommunen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Förderung eines „Kultursommers“ für Dörfer und kleine Städte. Die Herausforderung in der Kultur besteht in der Angleichung der Lebensverhältnisse von Stadt und Land. Die städtische Kulturförderung soll weiter ausgebaut werden – seien es Theater, Konzertsäle oder Puppentheater, Ausstellungsräume, Galerien oder Museen. Kultur soll für Kinder, Jugendliche und alle Bürger*innen niedrigschwellig zugängig sein. Barrierefreiheit ist auch hier ein großes Thema. Wir setzen auf alle Formen der Kultur, um die zivile Gesellschaft zu stärken. Soziokulturelle Zentren wollen wir stärken. Sie sind Orte der Begegnung und Beteiligung.

Tierparks und Zoos gehören auch zur kulturellen Landschaft. Eine artgerechte Haltung von Wildtieren im Zirkus ist nicht möglich. Bis auf Bundesebene ein solches Haltungsverbot beschlossen wird, wollen wir auf kommunaler Ebene alle Möglichkeiten nutzen, um bessere Bedingungen für Zirkustiere zu erreichen. Wir fordern die Kommunalverwaltungen auf darauf hinzuwirken, dass das die Zurschaustellung von Wildtieren in Zirkussen in den Kommunen nicht möglich ist.

In den Kommunen findet die EU jeden Tag statt. Am sichtbarsten wird das, wenn Straßen und Gebäude mit Förderprogrammen der EU errichtet werden. Doch auch durch Städtepartnerschaften wird die EU erlebbar. Menschen kommen sich über Landesgrenzen hinweg näher, schließen Freundschaften und es entstehen Projekte, von denen alle profitieren. Das unterstützen und fördern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Außerdem unterstützen wir den Vorschlag der Europäischen Kommission, Städte und Regionen, die beispielsweise ihre Bereitschaft erklären, Geflüchtete aufzunehmen oder besondere Maßnahmen zur Einhaltung der Klimaziele umsetzen, durch europäische Fördermittel stärker und direkt ohne den Einfluss der Nationalstaaten zu unterstützen.

Förderung von Breitensport und sportlichen Freizeitangeboten sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN von großer Bedeutung. Sportstätten müssen zur Verfügung stehen, entsprechend ausgestattet und gepflegt sein. Wichtig ist außerdem die Erhaltung öffentlicher Sportanlagen mit Investitionen in Nebengebäude (Instandhaltung,

funktionierende Toilettenanlagen). Turnhallen sollen schrittweise energetisch saniert werden. Auch Räume für Nischensportarten sollen zur Verfügung stehen. Wir unterstützen besonders Vereine, die die gegenüber einer gendergerechten Sportförderung aufgeschlossen sind. Zudem begrüßen wir die Zusammenarbeit des eSport-Bundes Deutschland e.V. und dem Fußballverband Sachsen-Anhalt. Dabei unterstützen wir das Engagement eSports in traditionellen Sportvereinen zu implementieren.

Wir GRÜNE setzen uns ein für:

- den Ausbau der städtischen Kulturförderung
- die Stärkung soziokultureller Zentren
- ein Wildtierverbot für Zirkusse
- die Verstärkung von Städtepartnerschaften im EU-Raum
- den Erhalt und die Pflege von Sportstätten
- die gesellschaftliche Anerkennung und Etablierung von eSports